



Dr. jur. utr. Theodor Waigel  
22. April 1939. Deutscher Politiker.  
Aus Oberrohr in Schwaben stammend.  
Nach dem Abitur 1959 in München  
und Würzburg Studium der Rechts-  
und Staatswissenschaften. 1967  
Promotion. Derweil bereits politisch  
engagiert bei der Jungen Union.  
Persönlicher Referent u.a. des  
Bayrischen Wirtschaftsministers  
bis 1972. Seither Mitglied des Bundes-  
tages. In der CSU hohe Funktionen,  
u.a. Parteivorsitzender 1988–1999.  
Unter Helmut Kohl Bundesminister  
der Finanzen 1989–1998.

**Dr. Theo Waigel**  
*Bundesminister der Finanzen, Bonn*

**Vortrag zum Übersee-Tag**

Zunächst muss ich mich entschuldigen, aber der Weg von Meer zu Meer – vom See zur See – dauerte etwas länger. Ich habe mir heute früh, als ich rechtzeitig aufgestanden war, nicht vorstellen können, dass ich – von meiner Heimat in Mittelschwaben – nach Friedrichshafen würde fahren müssen, um in Süddeutschland, in Bayern, überhaupt starten zu können. Die einzige Alternative wäre der Flughafen München II gewesen, aber die Autobahn dorthin war total verstopft. Stuttgart: zu, Leipheim: zu, Memmingen: zu – alles zu. In einer solchen Situation gibt es eben nur zwei Alternativen:

Vor etwa vier Wochen stand ich vor der gleichen Frage. Ich sollte in der Früh zu meiner ersten Begegnung mit Lloyd Bentsen nach Washington fliegen. Es wurde etwa um sechs Uhr angerufen: Alles zu, es gibt nur noch in Norddeutschland eine Möglichkeit zu starten. Dann entschied ich mich, nicht zu starten, und gönnte mir einen Tag. Lloyd Bentsen hat mir das verziehen. Heute, fürchte ich, wäre mir das nicht verziehen worden.

Darum habe ich mich auf den mühseligen Weg gemacht: zwei Stunden nach Friedrichshafen. Und das bedingte die Stunde Verspätung: von Meer zu Meer, vom schwäbischen Meer zur Nordsee, vom See zur See, vom Bodensee zur Nordsee. So sieht man, wie Deutschland groß und weit ist.

Lieber Herr Präsident, Sie haben eben so nostalgisch von den fünfziger Jahren gesprochen, aber ich möchte nicht mehr in den fünfziger Jahren leben. Ich freue mich über die Zeit heute und über das, was wir heute bewältigen müssen – trotz der Defizite, die mir Sorgen machen, weil Ihr Erster Bürgermeister bei der Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern zwar heimatverbunden, aber zu wenig weltoffen war und insofern die großen Aufgaben des Bundes bei seinem Abwägungsprozess nicht gebührend berücksichtigt hat.

Darauf – das steht nicht im Manuskript – habe ich schon lange gewartet, mich hier, in diesem großartigen Raum, ein bisschen revanchieren zu können für seine spitzfindige, ärgerliche Rede, die er neulich im Bundesrat angebracht hat.

Und wenn er meint, nur er könne so gezielt mit dem kleinen Florett umgehen und kurz piksen und einmal umdrehen, so irrt er. Das können die Bayern auch, Herr Voscherau!

Ich bedanke mich auch für die Erinnerung an meinen Vorgänger, Franz Josef Strauß, in zwei Funktionen. In schwierigen Zeiten in Deutschland hat man ja immer Bayern zu Finanzministern gemacht. Das fing bei Schäffer an und hat sich mit Franz Josef Strauß fortgesetzt. Als ich 1989 Finanzminister wurde, hat mir einer meiner besten Freunde auf meine Frage: „Soll ich das machen?“ gesagt: „Ich tät's dir eigentlich nicht raten; denn die Wahl 1990 ist nicht mehr für euch zu gewinnen“ – wir waren damals bei einem Aktienindex von etwa 32 Prozent. „Und was willst du eigentlich noch machen? Die Steuerreform ist vorbei. Du kannst noch einen Haushalt aufstellen, und das in Würde und Ehren, und sonst nichts. Und das war's dann wohl!“

Wenn ich daran denke, was in der Zeit seit dem 21. April 1989 bis heute geschehen ist, dann muss ich sagen, es waren wohl – jedenfalls in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – die aufregendsten und faszinierendsten Jahre in Deutschland und in Europa. Man mag mich als „Schuldenmacher“ beschimpfen, man mag mir vorwerfen, ich wüsste die Zahlen nicht – ich weiß sie mindestens so gut wie mein Haus; und wer weiß sie besser? –, aber wenn ich mir einmal überlege, was sich im letzten halben Jahr verändert hat – die Prognosen der Bundesbank, die Prognosen der Institute, die Prognosen des Internationalen Währungsfonds –, dann meine ich, das, wodurch heute die Defizite entstehen, wenigstens zum größten Teil, ist mir wesentlich sympathischer als die Defizite, die wir machen mussten, um Diktatoren Geld zu

geben, um Häftlinge freizukaufen oder die Teilung erträglich zu machen.

Dadurch, meine Damen und Herren, dass ich beim Hereinweg – es ging gehetzt und schnell – gar nicht Zeit hatte, nach links und rechts zu schauen – Sie wissen, ich bin ein Anhänger der radikalen Mitte –, sehe ich erst jetzt, dass eine Reihe von Kollegen des Deutschen Bundestages sowie der Bürgerschaft anwesend ist. Aber verzeihen Sie mir diese bayerische Provinzialität, dass einem das in Hamburg passiert. Ich begrüße Sie sehr herzlich, vor allen Dingen meinen Staatssekretär im Finanzministerium, mit dem ich ganz hervorragend zusammenarbeite. Ich freue mich auch über seine Anwesenheit.

Bevor ich mit meinem Vortrag beginne, möchte ich mich dem Dank anschließen und auch erinnern an den kürzlich verstorbenen Ehrenpräsidenten des Übersee-Clubs, Professor Dr. Rolf Stödter, an den wir sicher alle heute denken. Ich hätte mir gewünscht, schon viel früher als Guest des Übersee-Clubs nach Hamburg zu kommen. Eine erste Einladung datierte auf Mitte 1989, also auf einen Zeitpunkt kurz nach Antritt meines Amtes als Bundesfinanzminister in Bonn. Die Chancen, Ihrer Einladung folgen zu können, standen damals scheinbar gut. Nach dem Abschluss der großen Steuerreform 1986 bis 1990 ging es doch nur noch um die Aufstellung von zwei Bundeshaushalten und die übliche nationale und internationale Routine.

Es gibt ja auch, gerade aus Hamburger Sicht, eine bemerkenswerte Fairness. Eine solche Fairness hat mir der frühere Bundesfinanzminister – und in Hamburg kein Unbekannter – Hans Apel neulich entgegengebracht. Er hat mir nämlich geschrieben: „Lieber Herr Waigel, die meisten machen sich überhaupt keine Vorstellungen, vor welchen Aufgaben heute ein Bundesfinanzminister steht, insbesondere Ihre Kritiker machen es sich hier zu leicht. „Ich habe mich über diese Zeilen von Hans Apel sehr gefreut. Nach meinem Amtsantritt hatte ich ja einmal alle früheren Bundesfinanzminister zu mir eingeladen und mit ihnen darüber gesprochen, vor welchen Problemen sie damals gestanden hätten und welchen Rat sie mir heute geben würden. Das war ein Gespräch mit Karl Schiller, das war natürlich ein Gespräch mit Helmut Schmidt, dem ich dafür gedankt habe, dass er die Abteilung „Geld und Kredit“ seinerzeit ins Finanzministerium geholt hatte. „Und, Waigel, da muss sie auch bleiben“, hat er gesagt. Worauf er sich verlassen kann!

Heute höre ich mir seine Ratschläge manchmal mit gemischten Gefühlen an. Es ist klar, vieles ist beachtenswert, bei manchem wäre es besser gewesen, man hätte es auch schon früher, in den sechziger und siebziger Jahren, beachtet. Aber trotzdem, es ist immer interessant, sich mit den Männern und Frauen, die damals Verantwortung trugen, auszusprechen. Bei Hans Apel hatte ich ein schlechtes Gewissen. Ich hatte ihn im Deutschen Bundestag einmal ganz massiv – leider zu Unrecht – angegriffen. Es stellte sich wenige Tage später heraus, dass meine Informationen falsch waren und ich Hans Apel im Bundestag zu Unrecht angegriffen hatte. Es fiel mir nicht ganz leicht, aber ich habe mich entschuldigt, wie es sich gehört. Irgendwie hat mir das aber immer noch ein bisschen Leid getan. Daher sagte ich: „Herr Apel, irgendwie muss ich sagen – – Die Geschichte von damals, ich hoffe, Sie tragen mir sie nicht mehr nach.“ Darauf Hans Apel: „Wissen Sie, Herr Waigel, ich habe so viele beleidigt, dass Sie sich da keine großen Gedanken machen müssen. Also da sind wir absolut quitt.“ Seitdem habe ich ein gutes Gefühl in der Richtung.

Mit dem Fall der Mauer 1989, der Wiedervereinigung und der sich anschließenden völligen Neugestaltung der politischen und ökonomischen Strukturen in Europa und der Welt wurden diese Prophezeiungen, eine ruhige Zeit werde anbrechen, Makulatur. Deshalb kann ich mit meinem Besuch erst heute das nachholen, was eigentlich schon längst fällig gewesen wäre.

Es ist mir eine besondere Ehre, an der diesjährigen Festveranstaltung des Übersee-Clubs aus Anlass des Hafenjubiläums teilnehmen zu können. Zwar kann ich nicht, wie es vor vier Jahren beim achthundertsten Geburtstag möglich gewesen wäre, eine neue Gedenkmünze des Bundes präsentieren, aber meine guten Wünsche zu diesem Hamburger Festtag fallen deshalb nicht weniger herzlich aus.

Auch als Binnenländer kenne ich die zentrale Rolle des Hafens und des Überseehandels für die traditionsreiche Hansestadt Hamburg. Zwar kann

Bayern noch nicht auf über achthundert Jahre Hafentradition zurückblicken, aber immerhin sind wir seit dem letzten Jahr über den Rhein-Main-Donau-Kanal unmittelbar mit der Nordsee verbunden, und damit ist auch Bayern der Weg frei zur maritimen Handelsmacht.

Ein jahrhundertealter bayerischer Traum ist Realität geworden.

Über diese maritime Gemeinsamkeit hinaus gibt es weitere entscheidende Übereinstimmungen zwischen den Interessen der Handelsmetropole Hamburg und der aktuellen und längerfristigen Arbeit des Bundesfinanzministers. Dabei stehen die folgenden zentralen Zukunftsfragen im Mittelpunkt:

Kurzfristig geht es vor allem um die Überwindung der aktuellen tiefgehenden Rezession, die auch Handel und Gewerbe in Hamburg nach mehreren Jahren dynamischer Aufwärtsentwicklung ernsthaft beeinträchtigt. Mittelfristig steht die weitere Anpassung unserer Volkswirtschaft und unseres staatlichen Gemeinwesens an die völlig veränderten Voraussetzungen im wiedervereinigten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa ganz oben auf der Tagesordnung. Und schließlich geht es um die Erhaltung und den Ausbau einer kooperativen Weltwirtschaft, in der Deutschland seinen Platz als hervorragender Industrie- und Handelsstandort behaupten kann.

Vor wenigen Tagen haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschland in ihrem Frühjahrsgutachten für 1993 einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistungen um bis zu zwei Prozent und einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund eine Million prognostiziert. Das deckt sich in etwa mit der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums, das einen Rückgang des Sozialprodukts um 1,5 Prozent erwartet. Es lohnt sich nicht, bei dieser Wachstumsprognose um Zehntelpunkte zu streiten. Ebenso sinnlos ist es, dem Finanzminister ein angeblich falsches Zahlentableau vorzuwerfen, wenn er seinen Haushalt zwangsläufig an sich im Zeitablauf ständig verändernde Vorausschätzungen der nationalen und internationalen Experten anpassen muss. Wir haben nichts vertuscht – Herr Kollege Echternach, Sie wissen das – und nichts verheimlicht. Wir haben jeweils versucht, die neuesten Daten in unsere Zahlen, in unser Tableau, in unsere Tabellen einzurechnen. Entscheidend ist vielmehr: Wir sind mitten in einer der kräftigsten Rezessionen der Nachkriegszeit mit allen ihren negativen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, für die reale Lohn- und Gehaltsentwicklung und nicht zuletzt für die Staatsfinanzen.

Wie immer in einer solchen Rezession stellt sich die Frage: Was sind die Ursachen? Haben wir etwas falsch gemacht? Wo müssen wir umsteuern? Dabei gibt es eine richtige Konjunktur der Standortkritik, die regelmäßig abflaut, wenn die Wachstumsraten wieder zunehmen. Wir haben allerdings keinen Anlass, die Probleme zu verharmlosen und in aller Ruhe auf den nächsten Konjunkturaufschwung zu warten; denn das eigentliche Problem ist nicht die aktuelle Konjunkturabkühlung, sondern die Gefahr einer mittelfristigen Wachstumsstörung, die uns noch weitaus empfindlicher treffen würde. Was sich jetzt konjunkturell zeigt, ist zunächst einmal ein Nachholen der seit 1990 schwelenden internationalen Wachstumskrise und eine fast natürliche Reaktion auf den Wiedervereinigungs-Boom in den Jahren 1990 und 1991. Sonst hätte uns diese Situation natürlich zwei Jahre früher erreicht.

Unsere gigantischen Wachstumszahlen der letzten Jahre waren natürlich im Grunde das Konjunkturprogramm Wiedervereinigung. Auch in der Europäischen Gemeinschaft war unser Wachstumsbeitrag in den Jahren 1990 und 1991 etwa ein halbes Prozent. Das muss man den Ländern sagen, die uns dann quasi die Schuld für ihre Rezession zuschieben wollten, ohne zu bedenken, welche Exportsteigerungen sie von 1989 bis 1992 gegenüber Deutschland erreichen konnten.

Man muss Folgendes bedenken: Hamburg konnte zum Beispiel zwischen 1990 und 1991 einen jahresdurchschnittlichen Anstieg des Bruttoinlandproduktes von fast fünf Prozent verzeichnen. In ganz Deutschland war es etwa ein Prozentpunkt weniger, aber immer noch weit mehr, als im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts erreicht wurde. Selbst wenn in diesem Jahr das Wachstum mit minus zwei Prozent deutlich einbricht, wird die gesamtwirtschaftliche Leistung im Zeitraum 1990 bis 1993 mit rund 8,5 Prozent einen

doppelt so hohen Zuwachs erreicht haben wie der Durchschnitt der westeuropäischen Industrieländer. Dieser Wachstumsgewinn aus der Wiedervereinigung bleibt uns dauerhaft erhalten, wenn bis zum Jahresende der Umschwung geschafft wird.

Dafür sprechen gewichtige Argumente, Fakten und Entscheidungen: der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Kompromiss zur längerfristigen Finanzierung des Aufbaues in Ostdeutschland und zur Konsolidierung der Staatshaushalte, der Sicherheit und Zukunftsperspektiven schafft. Es war zwar ein langer und schwieriger Weg, und man fragt sich natürlich, ob die Demokratie rechtzeitig genug zu Entscheidungen fähig ist. Ich habe das neulich einmal zusammenzustellen versucht. Es war eine wochenlange Vorarbeit in einem ganz kleinen Kreis; denn wenn ein Kreis größer als acht bis zehn Personen ist, dann ist ein solches Konzept mit Einsparungen immerhin in der Größenordnung zwölf Milliarden DM schon fast nicht zu machen. Denn unter den acht bis zehn ist mit Sicherheit ein guter Freund, der ebenfalls einen guten Freund bei einer Tageszeitung in Bonn oder in Hamburg hat. Und dann erscheint das dort. Der „gute Freund“ ist natürlich entrüstet. Nur, er hat weitere fünfzehn gute Freunde in der Fraktion. Die Opposition spielt ihre Rolle zu Recht und sagt: „Ungeheuerlich! Angriff auf den Sozialstaat! Die Axt im Sozialstaat! Dieser Wüterich! Schweinereien! Ferkeleien!“ Worte sind gefallen, die ich in diesem großartigen Saal gar nicht gebrauchen möchte. Dann ist eine solche Sache natürlich mausetot. Also bleibt gar nichts anderes übrig, als es in kleinem Kreise zu erarbeiten, von dort in die Fraktionen, von den Fraktionen in die Präsidien der Parteien, von den Präsidien in die Vorstände der Parteien, von dort in die Koalition, weiter ins Kabinett, von dort zu den Ministerpräsidenten.

Die Ministerpräsidenten und Bürgermeister – sechzehn an der Zahl – setzen sich zusammen, wählen zwei aus, um mit dem Bundeskanzler darüber zu reden. Von dort geht es wieder in die Koalition, in das Kabinett, nochmals in die Fraktionen, und dann kommt es zu einer Klausurtagung, nach der zwar nicht in Konklaveform weißer Rauch aufsteigt, aber zum Schluss doch einigermaßen eine Lösung sichtbar ist, die am 23. April in Einzelfällen nochmals konkretisiert und verabschiedet wird. Das Ganze waren fünfzehn bis zwanzig Veranstaltungen, jeweils mit Fernsehen und Presse und stets natürlich von widerstreitenden Diskussionen belebt und befrachtet, so dass der Bürger am Schluss gefragt hat, wo eigentlich welches Gremium über welches Thema entscheide. Das ist auch ein Punkt, bei dem wir darüber nachdenken müssen, ob wir mit diesem Verfahren nicht auch ein Stück Politikverdrossenheit und Ärger der Bürger heraufbeschwören, ganz abgesehen von dem berechtigten Ärger der Parlamentarier, die sich – zu Recht – nicht immer genügend eingebunden fühlen.

Immerhin steht der Kompromiss, hoffe ich wenigstens, und er ist in sich schon ein Wert; denn – Herr Bürgermeister Voscherau – wenn wir noch einmal drei Monate darüber diskutiert und gestritten oder möglicherweise auch im Vermittlungsausschuss kein Ergebnis erzielt hätten, wenn das in neunzehn Wahlausinandersetzungen des Jahres 1994 gegangen wäre oder wir gar nicht fähig gewesen wären, das Problem bis 1995 zu lösen und eventuell noch das Bundesverfassungsgericht darüber hätte entscheiden müssen, dann hätten wir uns in Deutschland und in der Welt lächerlich gemacht und die deutsche Politik hätte abdanken müssen. Darum stehe ich zu dem Kompromiss – auch wenn er für den Bund mit vielen Anforderungen behaftet ist –, weil er das wichtige und notwendige Signal für politische Handlungsfähigkeit, für die Investitionen im Osten und Klarheit für die Investitionen im Westen und in ganz Deutschland schafft.

Ein zweites positives Signal ist die Begrenzung des Lohn- und Gehaltsanstiegs im öffentlichen Dienst und in weiten Bereichen der privaten Wirtschaft auf rund drei Prozent. In Deutschland wird das als ein großes Opfer bezeichnet. Andere Länder, wie Kanada, Holland, das Vereinigte Königreich, Frankreich –, die nicht die Aufgabe haben, wie wir, fünf Prozent ihres Bruttonsozialprodukts von West nach Ost zu transferieren, um aus einem Teil unseres Vaterlandes langsam auch das zu machen, was wir vorweisen können –,

haben geringere Steigerungen.

Mit hat der kanadische Finanzminister gesagt: „Zweimal Nullrunde im öffentlichen Dienst.“ Das musste sich Kanada leisten, um aus der Konjunkturkrise herauszukommen und jetzt zu einem beachtlichen Aufschwung zu gelangen. Bei uns werden Opfer, die kaum welche sind, wenn wir eine Zeit lang auf dem Lebensstandard des Jahres 1989 verharren, schon als grundlegender Anschlag auf den Sozialstaat empfunden. Andere Länder – ohne Wiedervereinigung – müssen im Moment größere Opfer bringen, um ihre eigenen konjunkturellen oder strukturellen Probleme zu lösen. Ich wollte, wir würden manchmal über die Grenzen hinausschauen. Wenn ich bedenke, was andere, zum Beispiel meine Kollegen Carlos Solchaga Catanan in Spanien oder Wim Kok in Holland, an Sparmaßnahmen, an Sanierungen anpacken und durchführen müssen, dann wünschte ich, wir hätten einen stärkeren parteiübergreifenden Konsens über das, was in Deutschland strukturell und konjunkturell notwendig ist.

Auch die schrittweise Rückführung des Zinsniveaus durch die Deutsche Bundesbank, die bei Wahrung der Preisstabilität mehr Investitionen ermöglicht, ist ein positives und wichtiges Signal. In den letzten zwei Monaten haben sich darüber hinaus die Exportaufträge leicht verbessert. Der Welt Handel soll nach Einschätzung der internationalen Organisationen in diesem Jahr real um drei Prozent zunehmen. Zumindest die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien erleben bereits einen deutlichen Konjunkturaufschwung.

Der Wiederaufschwung ist allerdings weder im nationalen noch im internationalen Maßstab ein Selbstläufer. Wir müssen etwas tun, und wir werden etwas tun. Gerade für die Handels- und Hafenstadt Hamburg, aber auch für ganz Deutschland, ist das internationale Umfeld von entscheidender Bedeutung. Wir müssen deshalb alle Chancen nutzen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen und zu festigen.

Das jüngste Treffen des Internationalen Währungsfonds in Washington und das G-7-Treffen der Außen- und Finanzminister in Tokio zeigen die Fortschritte, die auf diesem Gebiet bereits erreicht wurden. Anders als bei manchen früheren Zusammenkünften dieser Art gab es in Washington keine gegenseitigen Schuldzuweisungen oder Forderungen nach globalen expansiven Ausgabenprogrammen. Der Konjunkturzug wiegt inzwischen viel zu schwer, als dass einzelne Wachstumslokomotiven, die USA, Japan oder Deutschland, ihn allein vom Fleck bringen könnten. Was kurzfristig zur Wachstumsstabilisierung zu tun ist, weiß jeder im Kreis der G7 selbst am besten. Deshalb fanden auch Japans finanzpolitische Stützungsmaßnahmen und die deutschen Zinssenkungen allgemeine Anerkennung.

Es war bemerkenswert, dass der amerikanische Präsident, der zu diesem Treffen der G7 hinzustieß, gerade diesen Beitrag der Deutschen, was die Zinssenkungen anbelangt hat, ganz besonders erwähnt hat.

Übrigens: Das Bild, das sich manche in Deutschland gemacht haben, dieser amerikanische Präsident stünde den Deutschen weniger aufmerksam und aufgeschlossen gegenüber, ist falsch. Nicht nur, dass der Mann hervorragend Deutsch lesen kann und Deutsch versteht – er hat auch Deutsch zu sprechen gelernt, nur hat die Übung in den letzten Jahren gefehlt. Als ich ihm bei der Vorstellung sagte, ich sei der deutsche Finanzminister – nun muss man ja immer noch etwas hinzufügen – und käme aus Bayern, da huschte ein Lächeln über sein Gesicht und er sagte, er kenne Bayern ganz hervorragend, einer seiner besten Freunde stamme aus Bayern, ein Fernsehjournalist, der beim Bayerischen Fernsehen arbeite, den er 1967 auf der Universität in Georgetown kennen gelernt habe, mit dem er eng befreundet sei, den er häufig besucht und bei dem er in Bamberg und München auch Wochen gelebt habe. Das muss man erst en passant erfahren. Wenn ich das früher gewusst hätte, dann hätte ich vielleicht einen direkteren Zugang dorthin bekommen, als ihn mir die deutsche Diplomatie – oder die Treasury – eröffnet hat.

Aber die Weitergabe solcher Informationen gehört ja nicht zur Flexibilität deutschen Wesens. Und wenn das einer weiß, dann behält er das für sich und vermeidet es wirklich, das jemand anders zu sagen, der damit etwas erreichen

könnte. Von diesem mit Clinton befreundeten Fernsehjournalisten weiß ich, dass der amerikanische Präsident heute noch stundenlang mit ihm telefoniert und fragt: „Hör mal, sag mir mal, wie sieht jetzt das deutsche Gesundheitswesen aus, kannst du mir das mal erklären?“ und vieles andere mehr. Ja, so funktionieren auch Informationsstränge. Möglicherweise wird er dort genauso gut beraten, als wenn er im Ministerium anruft. Jedenfalls ist das der direkte Weg, auf dem sich Politiker manchmal ihre Meinung bilden. Wir sollten das nutzen.

Aber, meine Damen und Herren, neben dieser Zusammenarbeit sind natürlich vor allen Dingen wichtig: international abgestimmte Strategien zur Überwindung der langfristigen strukturellen Wachstumshindernisse, Stichworte sind hier: die Verkrustung der Arbeitsmärkte, die Probleme der Überalterung und die ausufernden Kosten der Gesundheitsfürsorge. Hier kommt uns in der gegenwärtigen Situation etwas zugute: dass im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen in dieser Hinsicht in den letzten Jahren ein großer Nachholbedarf bestand, unser Finanzsystem – Geld- und Finanzinstitute – in Ordnung ist.

Ein weiteres entscheidendes WeltwirtschaftstHEMA ist Osteuropa und hier vor allem die künftige Entwicklung in Russland. Als ich vom Gipfel in Tokio zurückkam, wo wir ein Paket zu schnüren versucht hatten, hat mich ehrlich gesagt eines geärgert: Kaum setzt man den Fuß auf deutschen Boden, ist die erste Frage: „Wie viele Milliarden haben Sie da wieder zum Fenster hinausgeworfen?“ Meine Damen und Herren! Ich sage nur eines: Das, was wir hier ausgeben, das sind Investitionen für die Neuordnung Europas, für den Frieden und für demokratische Entwicklungen, die uns wesentlich weniger kosten als ein Rückschlag in Russland oder ein Chaos in Europa und in Russland.

Hamburg war über viele Jahrhunderte – und ist es jetzt wieder – das Tor nach Mittelost- und Osteuropa. Hamburger Kaufleute können daher am besten das große Potenzial einschätzen, das in diesen Märkten ruht. Aber bis wir hieraus konkreten Nutzen ziehen können, sind noch große internationale Hilfsanstrengungen und vor allem erhebliche nationale Eigenanstrengungen der osteuropäischen Länder erforderlich.

Wir brauchen uns wohl nicht um Polen, die Tschechische Republik und Ungarn zu sorgen, die ihren Weg nach Mitteleuropa zurückfinden werden. Aber der Riese Russland ist nach dem Referendum nicht aus der Gefahr heraus, politische und ökonomische Turbulenzen erleben zu müssen. Deutschland hat in den letzten Jahren über die Hälfte der internationalen Leistungen an die frühere Sowjetunion getragen. Seit dem Weltwirtschaftsgipfel in München im vorigen Jahr und auch beim jüngsten Treffen in Tokio ist es gelungen, die Last gleichmäßiger auf die Schultern der internationalen Gemeinschaft zu verteilen. Seit zwei Jahren verlange ich unaufhörlich auf allen Konferenzen eine faire internationale Lastenteilung; denn das, was wir in Mittel- und Osteuropa, was wir für Russland und die anderen früheren Staaten der Sowjetunion tun, geht weit über unser nationales Interesse hinaus. Es hat lange gedauert – und Gott sei Dank ist die Einsicht jetzt da –, bis auch die Vereinigten Staaten dies als eine ureigene Aufgabe für sich und die ganze Welt betrachteten und auch die Japaner dies endlich von der Frage der Kurilen entkoppelten.

Die Kanadier haben bei der Konferenz in Tokio ein Papier vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie viel pro Person in jedem Land bisher für diesen Reformprozess aufgewendet wird. Dabei stehen die Kanadier mit etwa 66 Dollar an zweiter Stelle. Ich nenne die Summe, die Deutschland aufgebracht hat, bewusst nicht – sie liegt weit darüber –, weil sie nur – ich sage es hart – immer wieder zu innenpolitischer Verhetzung beiträgt und man gar nicht realisiert, was wir damit in den letzten drei Jahren für uns erreicht haben. Nur, einige Länder, auch im Bereich der G7, liegen wesentlich darunter – ein wichtiges Land ist bei einem Dollar pro Person –, aber bei internationalen Konferenzen reden sie so lange und so engagiert wie wir. Diese Proportionalität gefällt mir nicht, und die kann ja auch so nicht weitergehen.

Sie wissen ja, Herr Botschafter, dass ich im Dezember in der Nähe von

Moskau ein eindrucksvolles Erlebnis hatte, indem ich nicht nur an den Gesprächen zwischen Ihrem Präsidenten und Bundeskanzler Kohl teilnehmen konnte, sondern am Abend mit den beiden auch die Sauna geteilt habe. Ich werde über alle Einzelheiten erst in meinen Memoiren berichten.

Aber in einem entspannten und für mich sehr wichtigen Gespräch über alle Dinge der Welt habe ich gesagt: „Wissen Sie, Herr Präsident, bei Ihrem Engagement“ – sie haben, glaube ich, zwanzig oder sogar vierzig Parteien, die sich da entwickeln – „brauchten Sie meiner unmaßgeblichen Meinung nach eine kräftige Volkspartei, die Sie unterstützt, so wie die CSU in Bayern.“

Darauf er: Mit dem C habe er keine Probleme; denn er gehe regelmäßig mit seinen Enkeln in die Kirche. Das sei kein Problem. Nur das SU passe nicht in die Landschaft dort, hat er gemeint. Sie sehen, ein sehr kundiger Präsident, der sich – ähnlich wie der amerikanische Präsident – auch in Bayern gut auskennt.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen es nicht bei globalen Finanzhilfen, bei Umschuldungsaktionen und Währungsstabilisierungsmaßnahmen belassen. Wir dürfen uns auch nicht auf allgemeine Ratschläge zur Einführung marktwirtschaftlicher Reformen beschränken. Entscheidend ist vielmehr die konkrete Auseinandersetzung mit der Situation in der früheren Sowjetunion. Es geht um die Schaffung von Reforminseln, um die Unterstützung einzelner beispielgebender Betriebe und um die Erschließung von Rohstoffvorkommen, damit Russland und die übrigen Staaten der GUS in der Lage sind, ihre Reformanstrengungen zu finanzieren. Darauf liegt der Schwerpunkt dessen, was die Weltbank vorhat und was auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London projektiert.

Ein Instrument zur Schaffung solcher Reforminseln ist die von mir vorgeschlagene Mittelstandsbank für Russland, die, ähnlich wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Deutschland, kleinen und mittleren Betrieben den Aufwuchs in dem vom Sozialismus hinterlassenen industriellen Brachland ermöglicht. Darüber hinaus muss die Londoner Osteuropabank, so wie sie es bei ihrer letzten Jahrestagung in London angekündigt hat, ihre Kreditzusagen und Kreditzuteilungen erheblich erweitern und so ihrem Auftrag schnellstmöglich gerecht werden.

Ein weiteres entscheidendes Wachstumsmoment für die Weltwirtschaft ist die Öffnung der Märkte im Rahmen der laufenden GATT-Verhandlungen, die nun endlich zu einem Abschluss gebracht werden müssen. Es gibt immer noch zu viele, die Fehlentwicklungen aufgrund falscher Weichenstellungen im nationalen Bereich zu Lasten der internationalen Wachstumsgemeinschaft lösen wollen. Gerade in Zeiten der Rezession – ich erinnere nur an die Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre – erhalten solche populistischen Thesen zusätzlichen Auftrieb. In unserer heutigen modernen Weltwirtschaft mit ihren vierstelligen täglichen Milliardenumsätzen an den internationalen Devisenbörsen, bei Ausfuhrquoten von zum Beispiel 30 Prozent in Deutschland und noch mehr in Belgien und den Niederlanden, kann niemand auf einer Insel der Glückseligen sein Schicksal allein meistern. Das sage ich vor allen Dingen denen, die glauben, wir könnten uns einen isolierten Weg in allen Dingen leisten. Wir sind doch die größten Profiteure vom Zusammenwachsen in Europa. Das muss man gerade nationalen Bestrebungen von ganz links und von ganz rechts immer wieder – nicht nur ökonomisch – ins Stammbuch schreiben.

Die Gefahr und die Konsequenz wäre doch Protektionismus. Der leidige EG-Bananenstreik ist leider nur ein besonders plastisches Exempel. Auch gegen Osteuropa wollen manche die alten Wälle der politischen Teilung durch ökonomische Barrieren ersetzen. Wenn wir die Grenzen nicht öffnen, auch für die Waren, die dort produziert werden, dann werden wir es mit Transferleistungen bezahlen müssen, und das ist teurer, umständlicher, schwieriger und nützt niemandem.

Dass Europa diesen Weg nicht einschlagen darf, brauche ich Hamburger Kaufleuten nicht zu erklären.

Wir brauchen vielmehr eine offene Gemeinschaft, nicht nur gegenüber den beitrittswilligen Ländern in Nord- und Mitteleuropa. Wir wollen die Wäh-

rungsumission planmäßig verwirklichen. Der Weg, den wir mit den Beschlüssen von Maastricht Ende 1991 eingeschlagen haben, ist unverändert gültig und wird hoffentlich bald durch die Entscheidungen Großbritanniens und Dänemarks bestätigt. Allerdings werden wir im Interesse von Stabilität und Wachstum nichts überstürzen. Der Fahrplan wird eingehalten, und das, was an Kriterien vereinbart wird und wurde, muss eingehalten werden. Das bedeutet, wir brauchen die weitgehende Konvergenz der makroökonomischen Daten bei den Zinsen und bei der Preisstabilität. Wir brauchen auch die spürbare Rückführung der zurzeit erheblich ausgeweiteten öffentlichen Defizite.

Die Forderung nach strikter Einhaltung der Konvergenzkriterien richtet sich natürlich auch gegen Deutschland selbst. Dabei stehen wir, im Unterschied zu den übrigen Partnerländern, mit den Problemen aus der Wiedervereinigung und aus der aktuellen Wachstumsschwäche vor einer doppelten Herausforderung. Das wirtschafts- und finanzpolitische Szenario ist in groben Zügen bekannt. Deutschland muss sich nach der Wiedervereinigung auf eine Verringerung seiner durchschnittlichen Leistungskraft um rechnerisch rund 15 Prozent einstellen. Löhne, Gehälter und staatliche Leistungen in Westdeutschland können bei weitem nicht mehr so rasch expandieren wie in den erfolgreichen achtziger Jahren. Selbst realer Einkommensverzicht ist vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftsdaten unverzichtbar und zumutbar. Noch stärker als bisher müssen Investitionen im privaten wie im staatlichen Bereich Vorrang vor Umverteilung und staatlichen Wohltaten haben. Man kann es an einem ganz einfachen Beispiel exemplifizieren: Das Bruttonsozialprodukt pro Person in Westdeutschland ohne Wiedervereinigung würde im Moment, ich glaube, etwa 44 000 DM ausmachen. Das Bruttonsozialprodukt pro Person – Gott sei Dank mit Wiedervereinigung – macht um 4000 DM oder 6000 DM weniger aus. An diesem Anpassungsprozess kommt niemand vorbei.

Meine Damen und Herren! Der ganze Problemdruck zeigt sich in den finanzpolitischen Kennziffern. Der Anteil des Staates am Bruttonsozialprodukt, die Steuer- und Abgabenbelastungen und die öffentlichen Defizite sind trotz erheblicher Konsolidierungsanstrengungen in den letzten Jahren weit aus höher als vor 1990 und auch höher als in der Rezession 1981/82.

Nach den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen und den jüngsten Einschätzungen des Arbeitsmarktes mussten die staatlichen Defizite für 1993 vor allem im Bundesbereich noch einmal kräftig aufgestockt werden. Kein Finanzminister hat auch nur die Spur einer Chance, dies in einem Jahr verändern zu können. Es besteht in der internationalen Konjunkturpolitik und Konjunkturwissenschaft Klarheit darüber, dass wir diese konjunkturbedingten Mehrausgaben und die konjunkturbedingten Mindereinnahmen durch eine Erhöhung der Nettokreditnahme ausgleichen müssen. Das sind die automatischen Stabilisatoren, wie sie von den Fachleuten im In- und Ausland übereinstimmend empfohlen werden.

Aber unabhängig von der gegenwärtigen Konjunktursituation muss die Anpassung in allen Bereichen von Staat und Wirtschaft unbeirrt vorangetrieben werden. Das föderale Konsolidierungsprogramm, das wir zwischenzeitlich festgezurrt haben, ist nur ein erster Schritt. Beim Kompromiss, der auf der Tagung am 13. März und dann am 23. April erzielt wurde, ging es zunächst um die große Aufgabe, die Finanzierung der ostdeutschen Bundesländer in einer föderalen Gesamtanstrengung auf eine feste Grundlage zu stellen. Zwar sind die vereinbarten rund zwölf Milliarden DM an Ausgabenkürzungen und Streichungen für den Bund keine zu vernachlässigende Größe. Aber dieses Entlastungsvolumen ist bei weitem nicht das, was mittelfristig an Einsparungen unverzichtbar ist. Wir können nicht über einen längeren Zeitraum mit einer Defizitfinanzierung von zurzeit rund fünf Prozent des Bruttonsozialprodukts, bezogen auf den gesamten öffentlichen Haushalt, operieren. Selbst die nach Abzug der konjunkturellen Komponente verbleibenden 3,5 bis vier Prozent des Bruttonsozialprodukts sind strukturell deutlich zu viel.

Ebenso wenig können wir uns damit zufrieden geben, mit einer Steuer- und Abgabenlast bis zu 44 Prozent des Bruttonsozialprodukts in die Spitzengrup-

pe der OECD-Länder vorzustoßen. Schon von daher ist die zwischen Bund und Ländern immer wieder vereinbarte und auch dem FKP zugrunde liegende Ausgabenrate von mittelfristig drei Prozent pro Jahr die Obergrenze dessen, was gesamtwirtschaftlich und finanzpolitisch vertretbar ist.

Über die reine Zahlenarithmetik hinaus ergibt sich der klare Auftrag zur staatlichen Selbstbeschränkung aus den großen Aufgaben, die wir mittelfristig neben der Wiedervereinigung schultern müssen. Nach aller Erfahrung wird die Arbeitslosigkeit auch nach dem aktuellen Konjunktureinbruch nur allmählich wieder zurückgehen. Wir müssen die Konsequenzen der dauerhaften Verschlechterung der Alterspyramide und die sich daraus ergebenden Folgen für die Rentenversicherung und für den öffentlichen Dienst sehen. Auch in den Bereichen der Gesundheitsvorsorge, des Umweltschutzes und der internationalen Kooperation sehen wir uns immer wieder stärker steigenden Anforderungen ausgesetzt.

Angesichts dieses Szenarios wird deutlich, es geht nicht nur um kurzfristige Konsolidierungsanstrengungen, um die Bewältigung der Wiedervereinigungsaufgabe durch gewisse Einsparungen und Steuererhöhungen. Es geht im Kern um ein völlig neues finanzpolitisches Denken. Es geht um den Abschied von dem Begriff des Verteilungsspielraums. Denn wenn Forderungen wie bisher befriedigt werden, können wir in Zukunft nur immer mehr von immer weniger verteilen, bis wir eines Tages alles verteilt haben, aber nichts mehr in Händen halten. Bund, Länder und Gemeinden werden deshalb jetzt Jahr für Jahr bei der Haushaltsaufstellung vor der gleichen Aufgabe stehen, prüfen und streichen; denn sonst fressen uns die Zinskosten auf. Für jeden Finanzminister, im Bund und in den Ländern, wird wahr, was Robert B. Anderson in den fünfziger Jahren gesagt hat: „Der Finanzminister, der populär sein möchte, hat seine Aufgabe schon verfehlt.“ Darum wechseln ja auch manche vom Finanz- ins Wirtschaftsressort, um nicht immer mit diesen Problemen belastet zu sein, Herr Professor Krupp.

Meine Damen und Herren! Im zweiten großen Bereich der Verteilungsauseinandersetzung, bei der Entwicklung von Löhnen und Gehältern, hat sich zum Glück einiges zum Besseren gewendet. Tarifabschlüsse von rund drei Prozent entsprachen, zumindest am Jahresanfang, den gesamtwirtschaftlichen Erwartungen. Heute dürften wir schon nicht mehr so abschließen, wenn wir damals gewusst hätten, was im Jahr noch auf uns zukommt. Jetzt geht es vor allem darum, auch in Ostdeutschland die Anpassung der Einkommensentwicklung an die realen Wachstumsperspektiven zu vollziehen, andernfalls kommt es zwangsläufig zu vielen hunderttausend Entlassungen, weil die ohnehin um ihre Absatzmärkte hart kämpfenden Betriebe die Kostenbelastung einfach nicht mehr tragen können.

Ich mische mich in keinen Tarifkonflikt und in keinen Streik ein, aber 26 Prozent mehr Lohnforderung versteht in dieser Situation weder international noch national jemand. Es passt wirklich nicht in die Zeit, und es dient den Arbeitnehmern in der Branche auch in Ostdeutschland nicht.

Wir müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland Verzicht und Einschränkungen fordern. Aber nach den einfachsten ökonomischen Gesetzen können wir von den investierenden Zukunftsindustrien nicht verlangen, unter dauerhaft ungünstigeren Standortbedingungen zu arbeiten als ihre ausländischen Konkurrenten. Das ist eine Frage an unsere Steuer- und Abgabenlast: Sie steht kurzfristig, angesichts der Konsolidierungszwänge, nicht zur Disposition. Nur, wir müssen uns über eines im Klaren sein: Sobald wieder Spielräume da sind, nach 1995, müssen wir an die Senkung der Steuer- und Abgabenlast denken; denn sonst würde langfristig eine entscheidende Wettbewerbsschwäche für die Ansiedlung von Kapital und auch für die Investitionen in Deutschland entstehen.

Darum ist das Standortsicherungsgesetz, nach dem wir den Spitzensatz für gewerbliche – und nur gewerbliche – Einkünfte senken möchten, ein wichtiges Signal für das internationale Kapital. Natürlich ist das nicht schön, wenn das gegenfinanziert werden muss durch die Verringerung von Abschreibungen – ich weiß das –, nur, man schlage mir etwas weniger Schädliches im Augenblick vor. Ich bin für Anregungen dankbar.

Wir brauchen Vorfahrt für Investoren. Auch die Privatisierung von Post und Bahn wäre ein wichtiges Signal, auch im internationalen Bereich.

Wir brauchen klare, auch gesetzliche, Absicherungen des technischen Fortschritts und Abbau technologiefeindlicher Regelungen, die uns in manchen Zukunftsmärkten schon um Jahre zurückgeworfen haben.

Wir brauchen die Entschlackung aller Genehmigungsverfahren im Bereich privater Investitionen mit dem Ziel, die Zeitspanne zwischen Investitionsplanung und -realisierung so weit wie möglich zu verkürzen.

Ich habe gestern dem slowenischen Finanzminister, einer eindrucksvollen Persönlichkeit, ein Kompendium übergeben, in dem wir den Staaten in Mittel- und Osteuropa ein vereinfachtes Steuerrecht empfehlen, damit sie in einfacher Form mit einem modernen Steuerrecht und seinem Vollzug beginnen können. Am besten wäre es, wir würden es bei uns in Kraft setzen, um damit einen entscheidenden Wachstumsschub für Deutschland zu erreichen.

Wir brauchen die Straffung und Existenzsteigerung in allen Bereichen unseres Ausbildungssystems, damit unser wertvollstes Aktivkapital, unser Können und unser Wissen, auch in Zukunft international wettbewerbsfähig bleibt.

Alles das, was ich an Analysen und Handlungsnotwendigkeiten kurz umrissen habe, ist im Grundsatz nicht umstritten und auch ohne Alternative. Es gibt auch im Rahmen des Solidarpaktes wichtige Signale, an dieser großen Gemeinschaftsaufgabe mitzuwirken. Aber noch ist nicht in allen Köpfen das Bewusstsein verankert, dass wir ohne Anpassung bald passen müssten.

Vielleicht ist die gegenwärtige Konjunkturkrise der kalte Schock, den wir zum Aufwachen brauchen. Es muss sich endlich die Erkenntnis durchsetzen, wenn wir uns an vermeintliche Besitzstände klammern, wird uns alles zerfließen, was wir zu besitzen glauben. Wenn wir erst einmal im Weltmaßstab zurückgefallen sind, wenn wir den Anschluss an die führenden Industriationen verpassen sollten, wird es Jahre, sogar Jahrzehnte dauern, bis wir unter größten Anstrengungen wieder das erreichen, was heute scheinbar gesicherter Bestand ist.

Nur wenige hundert Kilometer von hier entfernt beginnt Schweden, das lange Zeit Spitzenplätze beim Einkommen und bei der sozialen Sicherung innehatte. Jetzt werden die Spätwirkungen einer lange Jahre dominierenden Anspruchshaltung überdeutlich. Trotz härtester Kürzungsmaßnahmen, trotz Einkommenseinbußen der privaten Haushalte in einer Größenordnung von mehreren hundert Mark werden dort in diesem Jahr die öffentlichen Defizite auf über zwölf Prozent des Bruttonsozialproduktes anwachsen. Die gravierend zunehmende Arbeitslosigkeit kann nur noch durch ein nochmals drastisch ausgebautes Arbeitsmarktinstrumentarium in noch tragbaren Grenzen gehalten werden.

So weit dürfen wir es nicht kommen lassen. Unser Land, das mit Jahrzehnten der Teilung und der unmittelbaren Ost-West-Konfrontation fertig geworden ist, darf nicht an der Wiedervereinigungsaufgabe scheitern. Deutschland gleicht noch zu sehr einem gewaltigen Supertanker, der nur gut läuft, wenn die See ruhig und das Meer offen ist. Jetzt sind die Passagen enger geworden, und wir müssen mit schwerem Gegenwind fertig werden. In einer solchen Situation ist es immer besser, mit kleineren, beweglichen Schiffen zu operieren und unnötigen Ballast abzuwerfen.

Politikmüdigkeit, Staatsverdrossenheit und Rückzug in den privaten Bereich sind vielleicht unter bestimmten Aspekten verständlich, aber sie dürfen nicht zur modischen Lebensphilosophie werden. Erst recht dürfen wir unsere Gesellschaft nicht durch öffentliche Menschenjagd und blitzschnelle öffentliche Vorverurteilung zerreißen.

Das sage ich ganz bewusst vor dem Hintergrund bekannter Ereignisse in Deutschland, vor allem auch im Zusammenhang mit dem bestürzenden und tragischen Freitod meines früheren Kollegen und engen Partners, Pierre Bérégovoy, von dem ich mit vielen anderen am letzten Dienstag Abschied nehmen musste.

Es ist jeder eingeladen, die öffentlichen Aufgaben mitzustalten und es womöglich besser zu machen.

Wechselseitige Bluttransfusionen zwischen Staat und Wirtschaft, auch das kann eine wichtige Strategie zur Erneuerung unseres wiedervereinigten Vaterlandes und zur Stärkung der Wachstumskräfte sein.

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie diese Einladung ernst. Tragen Sie dazu bei, die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Dann wird Hamburg auch noch in weiteren achthundert Jahren ein wichtiges Tor Deutschlands zur Weltwirtschaft und ein Brennpunkt des ökonomischen, politischen und kulturellen Lebens unseres Landes sein. ■